



Bundestags- brief

Nr.53 • Die Woche im Bundestag • 06.03.2009



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Staatliches Eingreifen ist notwendig, wo Vertrauen auf dem Spiel steht:

Der Präsident der Deutschen Bundesbank, Prof. Axel Weber, hat unlängst noch einmal die Position der Bundesregierung ganz klar unterstützt, dass die Rettung der Hypo Real Estate Bank im Interesse der Aufrechterhaltung der Stabilität an den Finanzmärkten und zur Sicherung des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger unabdingbar war und ist. Die Insolvenz der HRE mit einer Bilanzsumme von 400 Milliarden Euro hätte unabsehbare Konsequenzen für Banken und Versicherungen in Deutschland gehabt, wichtige Märkte wie bspw. der Pfandbriefmarkt als wichtiges Refinanzierungsinstrument der Kommunen wären mit hoher Wahrscheinlichkeit zusammengebrochen. Ebenso unmissverständlich hat er klar gemacht, dass im Notfall auch eine Enteignung der Kapitaleigner nicht ausgeschlossen werden darf, dies sei „nicht nur mit der Marktwirtschaft vereinbar, sondern sogar geboten“. Allerdings halten wir einige Änderungen am vorliegenden Entwurf für erforderlich. Der Respekt vor den Kapitaleignern verlangt es, dass vor einer Enteignung zwingend eine Hauptversammlung einberufen wird. Ebenso erfordert es der Respekt gegenüber dem Steuerzahler, dass vor Erlass einer Rechtsverordnung über konkrete Einzelfälle von Enteignungen der Finanz- und Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages von der Bundesregierung informiert werden. Zudem muss klargestellt werden, dass sich der Bund nach Bewältigung dieser Krise und nach erfolgreicher Stabilisierung der betroffenen Finanzinstitute wieder aus diesem Engagement zurückzieht. Für uns ist aber klar: Die Regierung muss alles tun, um Enteignung möglichst zu vermeiden. Außerhalb des Banken- und Finanzbereichs steht aber nicht die Funktionsfähigkeit ganzer Märkte auf dem Spiel, wenn einzelne Unternehmen in Schwierigkeiten geraten. Deshalb lehnen wir direkte Beteiligungen des Bundes an einzelnen Unternehmen ab. Vertretbar sind wie im Falle Opel allenfalls staatliche

Bürgschaften im Rahmen einer Gesamtlösung bei Beteiligung privater Geld- und Kreditgeber auf der Basis eines überzeugenden Unternehmenskonzeptes. Hierfür haben wir mit der Ausweitung der KfW-Programme die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen.

Solide Haushaltspolitik hat Grundlage für Handlungsbereitschaft in der Krise gelegt:

Die jüngsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes zu den öffentlichen Haushalten im Jahr 2008 zeigt überdeutlich: Mit der erfolgreichen Sanierung der Staatsfinanzen hat die unionsgeführte Bundesregierung in den vergangenen drei Jahren das Fundament dafür gelegt, dass wir nun in der Krise entschlossen handeln können. Wie schon 2007 war der Gesamthaushalt der Bundesrepublik auch im vergangenen Jahr mit 3,3 Milliarden Neuverschuldung (entspricht 0,1 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt) so gut wie ausgeglichen. Dank dieser soliden Politik hat die Bundesrepublik die USA als solidesten Schuldner der Welt abgelöst. Das zahlt sich gerade in der Krise aus: Kein Land muss für die notwendigen Kredite so geringe Zinsen zahlen wie Deutschland. Das Vertrauen in die Zuverlässigkeit der Bundesrepublik und die bleibende Stärke unserer Wirtschaft ist weltweit sehr groß. Dieses Vertrauen dürfen wir jedoch nicht verspielen: Gerade jetzt müssen wir mit Augenmaß und Entschlossenheit die notwendigen Schritte tun, um Deutschland so schnell wie möglich aus der Krise herauszuführen. Mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz und den beiden Investitionspaketen haben wir das Notwendige unternommen, um gestärkt aus der Krise hervorzugehen.

Wir brauchen den funktionierenden Binnenmarkt:

Wir begrüßen, dass die Regierungschefs der Europäischen Union auf ihrem informellen Treffen am Wochenende sich gegen jeglichen Form des Protektionismus ausgesprochen haben. Of-

fene Märkte, ein funktionierender Binnenmarkt, eine gemeinsame Währung und das europäische Wettbewerbsrecht bleiben die zentralen Voraussetzungen, um die Krise zu überwinden. Auf dem Sondergipfel ist auch verabredet worden, dass die Mitgliedstaaten ihre Staatsverschuldung so schnell wie möglich wieder abbauen. Die Konvergenzkriterien des Stabilitätspakts bilden einen wichtigen rechtlichen Rahmen zur Sicherung des Vertrauens, das die Bürgerinnen und Bürger der EU entgegenbringen. Um die Entwicklungen auf europäischer Ebene genau zu verfolgen, haben wir uns im Geschäftsführenden Fraktionsvorstand Mitte Februar in Brüssel direkt vom für Wirtschafts- und Währungsfragen zuständigen Kommissar Almunia unterrichten lassen sowie mit dem Vorsitzenden der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Joseph Daul, Themen des Europawahlkampfes erörtert. Die Wahlen am 7. Juni sind eine wichtige Abstimmung über die zukünftige politische Richtung der EU. Der Parteitag der Linken hat am Wochenende gezeigt, dass wir uns dabei auch zunehmend mit fundamentaler Opposition und unerträglich antieuropäischen Protestparolen auseinandersetzen werden müssen.

Die Union ist die Partei des Menschenrechtsschutzes:

Wenn wir diese Woche im Plenum den 8. Menschenrechtsbericht der Bundesregierung debattieren, wird wieder deutlich werden, dass die Union die Partei des Menschenrechtsschutzes ist. Es ist gelungen, im Rahmen des internationalen und europäischen Menschenrechtsschutzsystems deutliche Impulse zum Schutz und zur weltweiten Förderung der Menschenrechte zu geben. Die deutliche und verlässliche Menschenrechtspolitik der Union hat die politische Aufmerksamkeit für die Achtung und Durchsetzung der Menschenrechte international erhöht – dies gilt insbesondere für die zunehmenden Verletzungen der Religionsfreiheit und der Verfolgung von Christen weltweit.

Angriffe auf Erika Steinbach inakzeptabel:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion weist die Angriffe auf Erika Steinbach entschieden zurück. In ihrer Funktion als Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen hat sich Frau Steinbach bleibende Verdienste erworben. Besonders hervorzuheben ist ihr großes und jahrelanges Engagement zur Erinnerung an das Leid von Flucht und Vertreibung. Mit dem „sichtbaren Zeichen“ wird diese Erinnerung nun eine würdige Ge-

denkstätte erhalten. Es ist das gute Recht des BdV, Frau Steinbach nun auch als Kandidatin für den Stiftungsrat zu benennen. Bei ihrem Einsatz hat sich Frau Steinbach immer von nationalistischen und revanchistischen Forderungen wie etwa denen der sogenannten „Preußischen Treuhand“ abgegrenzt. Deshalb sind die nun gegen sie erhobenen Vorwürfe absurd.

Schwarzarbeit weit verbreitet – Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen wirksames Instrument zur Schaffung von Arbeitsplätzen:

Beinahe jeder dritte Deutsche hat 2007 nach eigenen Angaben schwarzarbeiten lassen. Durchschnittlich wurden für die illegal erbrachten Leistungen rund 1000 Euro gezahlt. Besonders weit verbreitet war die Schwarzarbeit im Bereich der Handwerksleistungen. Auch familienunterstützende Dienstleistungen wie Putzen, Hausaufgabenbetreuung, Bügeln und Gartenarbeit werden häufig ohne Kenntnis des Finanzamtes in Anspruch genommen. Nach Einschätzung von Experten könnte durch eine Stärkung privater Haushalte als Arbeitgeber ein großer Teil der momentan illegal erbrachten Tätigkeiten aus der Schwarzarbeit herausgeholt werden. So werden heute lediglich fünf Prozent aller familienunterstützenden Dienstleistungen regulär erbracht. Könnte man diese Quote auf nur 30 Prozent steigern, entstünden knapp 180.000 Vollzeitarbeitsplätze. Würden sich gar alle Bundesbürger, die Umfragen zufolge gerne Hilfe in Haushalt in Anspruch nähmen, tatsächlich eine legale Kraft leisten, könnten bis zu 600.000 reguläre Vollzeitstellen entstehen.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft)

Zu guter Letzt:

Deutschland ist für die globalisierungsbedingten Veränderungen unter allen westlichen Industrienationen gut aufgestellt. Ausschlaggebend für die gute Situation des Landes sind insbesondere seine Vorreiterrolle bei der Umweltpolitik sowie in der Forschung und Entwicklung. Dagegen wirken sich das zu komplizierte Steuersystem, die hohe Arbeitslosigkeit, Mängel in der Kleinkinderbetreuung sowie geringe Bildungschancen von Menschen mit Migrationshintergrund negativ auf die nachhaltigen Erfolgchancen Deutschlands in der Globalisierung aus. An der Spitze der Vergleichserhebung stehen die skandinavischen Länder, am Ende Polen, Griechenland und die Türkei.

(Quelle: Bertelsmann Stiftung)